

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Aschot L. Manutscharjan

**Der Konflikt um Berg-
Karabach:
Grundproblematik und
Lösungsperspektiven**

**Discussion
Paper**

C 18
1998

Dr. Aschot L. Manutscharjan, Jahrgang 1956, studierte 1973 bis 1978 Geschichtswissenschaft an der Staatlichen Universität Jerewan in der Armenischen SSR. Im Anschluß an sein Studium war er bis 1990 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Orientalistik der Akademie der Wissenschaften der Armenischen SSR tätig, wo er über das Thema „Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland im arabisch-israelischen Konflikt (1965-1986)“ promovierte. Seit 1990 lebt Dr. Manutscharjan in Deutschland, zunächst als Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, seit 1992 als freier Publizist. Er hat einen Lehrauftrag am Seminar für Politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und ist freier Mitarbeiter der Osteuropa-Abteilung der Deutschen Welle. Daneben besucht er regelmäßig als Wahlbeobachter und auf Forschungsreisen die Staaten der GUS. Dr. Manutscharjan wurde wiederholt von wissenschaftlichen und öffentlichen Institutionen zu Vorträgen und Diskussionen über Fragen der aktuellen innen- und außenpolitischen Entwicklungen in Rußland und in der GUS eingeladen. Außerdem ist er Autor zahlreicher wissenschaftlicher und publizistischer Veröffentlichungen zu diesen Themen.

Aschot L. Manutscharjan

Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven

Mit der Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland, aber auch mit den Zugeständnissen Israels an die Palästinenser, scheint der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker seine "historische Mission" erfüllt zu haben. Allerdings fallen diese beiden "Beispiele" nur auf den ersten Blick eindeutig unter diesen Völkerrechtsgrundsatz. Schließlich war die außenpolitische Einbettung der Wiedervereinigung in Gestalt der Zwei plus Vier-Verhandlungen entscheidend für ihren Erfolg. Zuletzt hatte das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Punkt VIII Eingang in die Helsinki-Deklaration vom 1. August 1975 gefunden. Damals setzte der Westen die Festschreibung dieses Prinzips gegen massive Proteste der Sowjetunion durch, die um ihren Bestand als Vielvölkerreich fürchtete. Nach dem Zerfall der UdSSR erkannte die internationale Staatengemeinschaft nur die ehemaligen Sowjetrepubliken in ihrer staatlichen Existenz an, wobei die Nationalitätenkonflikte des ehemaligen Imperiums nicht berücksichtigt wurden.¹ So hatten sich die Armenier bereits vor dem Ende der Sowjetuni-

¹ Georg Brunner: Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa. Strategien für Europa. Gütersloh 1996. S. 163-164. Brunner, Direktor des Instituts für Ostrecht der Kölner Universität, ist der Meinung, daß im Fall von Berg-Karabach die Gründe überwiegen, "die für die Priorität des vom armenischen Volk im Sinne der Sezession und Vereinigung ausgeübten Selbstbestimmungsrechts gegenüber dem aserbajdschanischen Souveränitätsanspruch sprechen: ausgeprägte Identität und Staatsfähigkeit der christlich-indoeuropäischen Armenier und große ethnisch-kulturelle Distanz zu den islamisch-türkischen Aserbajdschanern, grobe Menschenrechtsverletzungen seitens der Aserbajdschaner aus Gründen ethnischer Diskriminierung, keine Aussichten auf einen effektiven Minderheitenschutz und eine politisch diffuse Übergangsperiode nach dem Zerfall der Sowjetunion. Berg-Karabach ist zwar durch einen schmalen, größtenteils von Kurden besiedelten Gebietsstreifen von

on wiederholt - also auch in Zeiten, als es noch gefährlich war - für das Selbstbestimmungsrecht ihrer in Berg-Karabach lebenden Landsleute engagiert.

Der am 3. Februar 1998 erzwungene Rücktritt des Präsidenten der Republik Armenien, Lewon Ter-Petrosjan, hat erneut gezeigt, wie bedeutsam Berg-Karabach für die innenpolitische Auseinandersetzung in Armenien, aber auch für die Nachbarrepublik Aserbaidschan, ist.² Der Karabach-Faktor erlangte für Aserbaidschan eine besondere innenpolitische Relevanz durch den auf diesen Konflikt ursächlich zurückzuführenden Sturz von zwei Präsidenten: Innerhalb von drei Jahren (1991-1994) folgten Ajas Mutalibow, Abulfas Elçibey und Hejdar Aliew aufeinander. Der Wechsel im Präsidentenamt wurde vornehmlich mit den militärischen Rückschlägen in Karabach begründet.³ Mit Widerständen gegen seine Politik hatte sich auch der armenische Präsident Ter-Petrosjan auseinanderzusetzen: Bereits zu Beginn seiner Amtszeit wurde er wegen seiner diplomatischen Haltung gegenüber der Türkei und seiner Zurückhaltung in bezug auf die Thematisierung des Genozids an den Armeniern im Osmanischen Reich kritisiert.⁴ Als er jedoch begann, in der Karabach-Frage Kompromißbereitschaft zu signalisieren, führte diese Politik Armenien an den Rand eines Putsches. Bemerkenswert ist, daß der Aufstand gegen Ter-Petrosjan nicht aus den Reihen der Opposition, sondern aus dem Regierungslager kam. An führen-

Armenien getrennt, aber die Anbindung an Armenien durch einen Korridor, wie er im Ergebnis der Kampfhandlungen bereits hergestellt ist, ist ohne größere technische Probleme zu bewerkstelligen."

² Aschot Manutscharjan: Die politische Krise in Armenien. Der erzwungene Rücktritt von Präsident Lewon Ter-Petrosjan. In: Aktuelle Analysen. Hrsg. von Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln 1998. Nr. 10.

³ Rainer Freitag-Wirminghaus: Aserbaidschan - Die nationalen und internationalen Auswirkungen des Krieges um Berg-Karabach. In: Orient 34/1993 Nr. 2. S. 245-257.

⁴ "Ich habe nie an der historischen Tatsache des Völkermordes gezweifelt. Dazu wird sich meine Haltung nicht ändern", erklärte Präsident Ter-Petrosjan in einem Interview mit dem Autor am 7.1.1997. "Heute ist Armenien an normalen Beziehungen mit der Türkei interessiert. Gleichwohl verurteilen wir den Völkermord als ein Verbrechen am armenischen Volk und an der Menschheit, aber wir erheben ihn nicht zu einem politischen Faktor in unseren Beziehungen zur Türkei." In: FOCUS. München. Nr. 7 vom 8.2.1997. S. 206 f.

der Stelle agierten der armenische Ministerpräsident Robert Kotscharjan sowie der Innen- und Sicherheitsminister Serschik Sarkisjan gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten. Rückendeckung erhielten die beiden Karabach-Armenier von Verteidigungsminister Wasgen Sarkisjan. Sie warfen dem Mitinitiator der Karabach-Bewegung vor, das wichtigste Glied der armenischen nationalen Idee - die Wiedervereinigung mit Berg-Karabach - verraten zu haben.

Berg-Karabach: Von der Wiedervereinigung mit Armenien bis zur Konföderation mit Aserbaidschan

In der altarmenischen Provinz Arzach [auf türkisch Karabach] lebten 1921 95 % Armenier. "Im Interesse der Weltrevolution" schlug noch im gleichen Jahr Josef Stalin, damals Volkskommissar für Nationalitätenfragen, die Provinz als Autonomes Gebiet der Aserbaidschanischen SSR zu.⁵ Die regelmäßig in Moskau vorgetragenen armenischen Proteste wurden jedoch systematisch ignoriert. Erst nachdem der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, erklärt hatte, daß er alle Fehler des Stalinismus korrigieren will, schöpften die Karabach-Armenier neue Hoffnung. Am 20. Februar 1988 verabschiedete der Oberste Sowjet von Berg-Karabach eine Resolution mit der Bitte um Wiedervereinigung mit Armenien.⁶ Als sich die KP-Führungen in Moskau, Jerewan und in Baku wenig geneigt zeigten, diesem Anliegen zu entsprechen, folgten Massendemonstrationen in Jerewan. Organisiert wurden sie vom Karabach-Komitee. Auf einer Welle nationaler Begeisterung gewann die Armenische Allnationale Bewegung (AAB) im Frühjahr 1990 die Parlamentswahlen. Unmittelbar nach den Wahlen, noch als Bestandteil des sowjetischen Imperiums, wurden demokratische und marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt. Darüber hinaus

⁵ Eine andere Position vertritt Farida Memedowa: Ursachen und Folgen des Karabach-Problems. Eine historische Untersuchung. In: Krisenherd Kaukasus. Hrsg. von Uwe Halbach und Andreas Kappeler. Baden-Baden 1995. (= Nationen und Nationalitäten in Osteuropa, 2). S. 110 - 128.

⁶ Sovetskij Karabach. Stepanakert. 21.02.1988.

unterstützte die nationaldemokratische Regierung konsequent das Selbstbestimmungsrecht der Karabach-Armenier.

Als Folge der Wiedervereinigungs-Resolution hatte Moskau Sondereinheiten nach Karabach verlegt, um eine Abspaltung der "Extremisten" zu verhindern. Parallel verabschiedete im Dezember 1989 auch der Oberste Sowjet der Armenischen SSR eine Resolution, in der die Vereinigung mit Karabach gefordert wurde. Als sowjetische und aserbajdschanische Sondertruppen den Befehl erhielten, die Menschen aus den armenischen Dörfern zu deportieren, begann die Selbstverteidigung der Karabach-Armenier. Nach der Unabhängigkeitserklärung Aserbajdschans am 5. September 1991 folgte die Proklamation der Republik Berg-Karabach. Der armenisch-aserbajdschanische Konflikt eskalierte nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991. Vor allem Rußland spielte ein unrühmliches Spiel: Es belieferte beide Kriegsgegner mit seinen Waffen. Die Aserbajdschaner erhielten Flugzeuge und die Armenier die Flugabwehrraketen. In Moskau nannte man das "eine ausgewogene Politik führen."⁷ Die Suche nach einem Ausweg aus dem Karabach-Konflikt wurde im Frühjahr 1992 internationalisiert, als die OSZE daranging, eine Gruppe von 12 Staaten - darunter die USA, Rußland, die Türkei, Frankreich, Deutschland, Armenien und Aserbajdschan - einzuladen, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Zu Co-Vorsitzenden sind für 1997/98 die USA, Frankreich und Rußland gewählt worden. Wie unbekannt den Vermittlern die Materie war, kam bereits in der Wahl des Namens "Minsker Gruppe" zum Ausdruck: Denn die Diplomaten gingen davon aus, daß sie bereits im Herbst 1992 - also noch in Minsk - einen Friedensvertrag würden unterzeichnen können. Bis heute ist das jedoch nicht gelungen: Zum einen wurde Berg-Karabach als Konfliktpartei nicht zu den Verhandlungen zugelassen, zum anderen stört das Konsensprinzip der OSZE, das es jedem Staat erlaubt, sein Veto einzule-

⁷ Aschot Manutscharjan: Armeniens Selbstbehauptung zwischen Türkei, Rußland und Iran. Stiftung Wissenschaft und Politik. Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit. Ebenhausen 1994. S. 19-24. Ders.: Der Kaukasus in den internationalen Beziehungen (1991 - 1994). In: Die Außenpolitik der neuen Republiken im östlichen Europa. Hrsg. von Karl Kaiser und Hans-Peter Schwarz. Bonn 1995. (= Bonner Schriften zur Integration Europas, 1). S. 157 - 213.

gen. Darüber hinaus fiel es der UNO und der OSZE in bezug auf die Karabach-Frage lange Zeit schwer, zu entscheiden, welchem völkerrechtlichen Grundsatz, dem Prinzip der territorialen Integrität oder dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, Vorrang einzuräumen ist. Schließlich waren die christlichen Armenier seit ihrer erzwungenen Angliederung an Aserbaidschan als Minderheit religiös, ethnisch und kulturell von der moslemischen Mehrheit diskriminiert worden und hatten grobe Menschenrechtsverletzungen hinnehmen müssen. Hinzu kommt, daß es im autoritär geführten Aserbaidschan bis heute keinen Minderheitenschutz gibt und keine Aussichten auf einen effektiven Minderheitenschutz bestehen.⁸ Die Friedensbemühungen der Minsker OSZE-Gruppe führten drei Jahre lang zu keinerlei Fortschritten. Nur aufgrund der militärischen Erfolge der Armee von Berg-Karabach und der russischen Vermittlung konnte im Mai 1994 ein Waffenstillstand vereinbart werden, der bis heute hält. Zuvor hatten die Karabacher den sogenannten Latschin-Korridor nach Armenien erobert und sechs aserbaidshanische Bezirke besetzt.

In dieser Phase wurde Armenien - ungeachtet seiner Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Karabach-Armenier - wegen seiner konsequenten Demokratisierungspolitik nicht kritisiert. Eine neue Situation trat ein, als oppositionelle Gruppen nach den Präsidentschaftswahlen vom September 1996 das Parlamentsgebäude besetzt hielten und sich die armenische Regierung gezwungen sah, präventiv Sicherheitstruppen auf die Straßen zu schicken, um Ruhe und Ordnung im Land zu gewährleisten. Eine Folge war, daß die bis dahin stabile innenpolitische Lage erschüttert wurde. Darüber hinaus nutzte die aserbaidshanische Diplomatie geschickt die Gunst der Stunde: Während der Lissabonner OSZE-Konferenz vom Dezember 1996 drohte Präsident Aliew, er werde die Verabschiedung der vorbereiteten Erklärung blockieren, wenn nicht zuvor ausdrücklich bestätigt würde, daß Berg-Karabach ein Teil Aserbaidschans sei. Daraufhin kündigte Armenien sein Veto an, wenn das Schlußdokument dieser Forderung nachgeben würde. Um den armenischen Einspruch zu neutralisieren,

⁸ Vgl. Otto Luchterhandt: Das Recht Berg-Karabachs auf staatliche Unabhängigkeit aus völkerrechtlicher Sicht. Archiv des Völkerrechts 1993 (Bd. 31). S. 30-81.

legte der amtierende OSZE-Vorsitzende eine Zusatzerklärung zum Schlußdokument vor, in dem er der aserbajdschanischen Position folgte.⁹ Inzwischen wird dieses Papier de facto als Bestandteil der OSZE-Schlußresolution behandelt: So bestätigte die UNO-Generalversammlung im November 1997 diesen Zusatz der Lissabonner Erklärung - obwohl sich die Minsker Gruppe darin einig war, daß über den Status von Berg-Karabach nur im Rahmen einer Friedenskonferenz entschieden werden soll. Die "Republik Berg-Karabach", die völkerrechtlich nicht anerkannt wird, fordert neben ihrer Unabhängigkeit von Aserbajdschan die Wiedervereinigung mit Armenien. Obwohl Armenien die Republik Berg-Karabach offiziell nicht anerkannte, stand diese Weigerung einer engen und freundschaftlichen Kooperation zwischen Jerewan und Stepanakert nicht im Wege. Denn unter dem Einfluß der Oppositionsparteien hatte das armenische Parlament seiner Regierung untersagt, auf internationalen Konferenzen auch im Namen Berg-Karabachs zu handeln und Verträge über den Status des umkämpften Territoriums abzuschließen.¹⁰ Ferner vertrat die Regierung in Jerewan den Standpunkt, daß dieser Krieg ein interner Konflikt zwischen Aserbajdschan und Berg-Karabach sei und daß aus diesem Grund auch nur die beiden Konfliktparteien in der Lage seien, einen Kompromiß zur Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen zu finden. Allerdings scheiterten alle Versuche der Karabach-Armenier, sich als autonome Konfliktpartei zu präsentieren, am Einspruch Aserbajdschans. Berg-Karabach hingegen akzeptierte keine internationalen Initiativen zur Beilegung des

⁹ "Drei Grundsätze, die Teil einer Konfliktlösung in Berg-Karabach sein sollten, wurden von den Co-Vorsitzenden der Minsker Gruppe empfohlen. Diese Grundsätze werden von allen Mitgliedstaaten der Minsker Gruppe, außer von Armenien, unterstützt. Sie lauten wie folgt: 1. Territoriale Integrität der Republik Armenien und der Republik Aserbajdschan. 2. Festlegung des Rechtsstatus von Berg-Karabach in einer Vereinbarung auf der Grundlage der Selbstbestimmung, die Berg-Karabach das größtmögliche Maß an Selbstverwaltung innerhalb Aserbajdschans überträgt. 3. Garantierte Sicherheit für Berg-Karabach und seine gesamte Bevölkerung, einschließlich wechselseitiger Verpflichtungen zur Sicherstellung der Einhaltung der Bestimmungen dieser Regelung durch alle Parteien. In: Lissabonner Dokument 1996. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr.9. Bonn. 30.01.1997. S. 82.

¹⁰ Azatamart. Jerewan. Nr. 10. 14.-20.07.1992.

Konflikts, weil sie ohne Hinzuziehung der Vertreter Stepanakerts beschlossen worden waren. Neben der Anerkennung als Konfliktpartei verlangte die Regierung in Stepanakert von den internationalen Organisationen zusätzliche Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung in Karabach - eine Forderung freilich, die bislang kein internationales Gremium zu erfüllen bereit ist. Im Gegenteil, die zwischenstaatlichen Organisationen (UNO, KSZE/OSZE), die sich mit dem Konflikt befassen, betrachten Berg-Karabach im Hinblick auf das Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen als Teil Aserbaidshans. Diese Perspektive gestattete es jedoch nicht, der Bitte Berg-Karabachs nachzukommen und UNO-Blauhelmtuppen in die Konfliktzone zu verlegen, da die Regierung Aserbaidshans diese Stationierung ablehnt. Denn in Baku befürchtete man, daß der Autonomiestatus Karabachs, den die aserbaidshanische Regierung weder anerkennen noch einseitig aufgehoben wissen wollte, auf diese Weise schrittweise hätte realisiert werden können. Um dies zu verhindern, war Baku bis zum Waffenstillstand vom Mai 1994 bestrebt, das Problem Berg-Karabach mit militärischen Mitteln zu entscheiden, um eine Internationalisierung des Konflikts zu vermeiden. Diese harte Position Bakus wurde in weiten Teilen auch von den internationalen Akteuren vertreten, insbesondere von Ankara.¹¹ Dementsprechend erschwerte die unter Präsident Abulfas Elçibey (Juni 1992 - Juni 1993) eingeschlagene Politik einer Annäherung an die Türkei die Beilegung des Karabach-Konflikts, da es Ankara gelungen war, die Regierung Elçibey davon zu überzeugen, den harten militärischen Kurs gegen die Karabach-Armenier fortzusetzen und keine Kompromisse einzugehen. Überdies verlangte Baku von Jerewan, das "Expeditionskorps" aus Karabach abzuziehen und die Aggression gegen Aserbaidshan zu beenden. Gleichzeitig ging Aserbaidshan auf internationaler Ebene gegen Jerewan vor: UNO und KSZE sollten Armenien als "Aggressor-Staat" stigmatisieren und Sanktionen gegen das Land einleiten. Auf diese Forderung reagierte der UN-Sicherheitsrat, indem er in seinen Resolutionen zum Karabach-Konflikt (Resolutionen Nr. 822, 853, 874, 884) den Krieg als eine

¹¹ Die Bereitschaft der Aserbaidshaner, einen Kompromiß während der Verhandlungen im Rahmen der sogenannten Minsker OSZE-Gruppe einzugehen, wurde mehrfach von türkischen Diplomaten verhindert.

militärische Aggression der in Karabach lebenden armenischen Bevölkerung wertete sowie auf der sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen und der Rückgabe der eroberten Gebiete bestand.¹² Den Armeniern wurde nahegelegt, die Waffenlieferungen an die Truppen in Berg-Karabach einzustellen.¹³

Ungeachtet dessen eroberte und besetzte die Karabach-Armee im Zeitraum von April bis Juni 1993 weite Gebiete Aserbaidschans. Die militärische Niederlage und die widersprüchliche Innenpolitik der Volksfrontregierung führten schließlich zum Sturz des Präsidenten Abulfas Elçibey. Sein designierter Nachfolger Hejdar Aliew¹⁴, der durch einen Militärputsch Suret Huseinows an die Macht gekommen war, beschuldigte daraufhin die regie-

¹² Der Sicherheitsrat zeigte sich "... *höchst beunruhigt* angesichts der Eskalation der bewaffneten Feindseligkeiten und insbesondere der jüngsten Invasion des Bezirks Kelbadschar der Aserbaidshanischen Republik durch örtliche armenische Streitkräfte." In: Resolution 822 (1993) verabschiedet auf der 3205. Sitzung des Sicherheitsrats am 30. April 1993 in New York, UNO S/RES/822 (1993) S.1.

¹³ "Der Sicherheitsrat ... *in Bekräftigung* der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Aserbaidshanischen Republik und aller Staaten in der Region, ... *bittet* die Regierung der Republik Armenien *nachdrücklich*, weiterhin ihren Einfluß geltend zu machen, um zu erreichen, daß die Armenier der Region Berg-Karabach der Aserbaidshanischen Republik seiner Resolution 822 (1993) und der vorliegenden Resolution Folge leisten und die Vorschläge der Minsker Gruppe der KSZE annehmen; *bittet* die Staaten *nachdrücklich*, die Lieferung jeglicher Waffen und Kampfmittel zu unterlassen, die zu einer Verschärfung des Konflikts oder zu der weiter andauernden Besetzung des Gebiets führen könnte." In: Resolution 853 (1993) verabschiedet auf 3259. Sitzung des Sicherheitsrats am 29. Juli 1993 in New York. UNO S/RES/853 (1993). S.1.

¹⁴ Hejdar Aliew war lange Jahre Vorsitzender des KGB, anschließend 1. Sekretär der Kommunistischen Partei Aserbaidschans und Mitglied des Politbüros der KPdSU. Seit Oktober 1990 war er der Vorsitzende des Medschelis (Oberster Sowjet) der Autonomen Republik Nachitschewan. Auf dieser Position leitete er die politische Zusammenarbeit mit der Türkei und mit dem Iran ein. Gleichzeitig widerstand er dem Drängen der Volksfront Aserbaidschans, eine zweite Front gegen Armenien zu eröffnen. Statt dessen leitete er eine Politik des friedlichen Dialogs ein. Siehe auch: Ajaz Mutalibov: V Baku vnov' idut aresty [Wieder Verhaftungen in Baku]. In: Ros-sija. Moskau. Nr. 35 (249) vom 18.-24.10.1995. S. 20-21. Osman Agajew: Kuda Geidar Alijev vedet Azerbaidžan [Wohin führt Hejdar Aliew Aserbaidshan?]. In: Nezavisimaja gazeta. Moskau. 08.04.1998. Christiane Hoffmann: Präsident Alijev feiert und läßt sich feiern. In: FAZ. Frankfurt a.M. 02.06.1998.

rende Volksfront einer einseitig protürkischen Orientierung. Seiner Überzeugung nach lag darin die Hauptursache für das Versagen der aserbaidischen Armee in Berg-Karabach. Um diesen Fehler zu vermeiden, erklärte sich Aliew bereit, ohne Vermittler direkt mit der Regierung der "Republik Berg-Karabach" zu verhandeln.¹⁵ Jedoch gab er sogleich nach seiner "Wahl" zum Präsidenten Aserbaidischans am 10. Oktober 1993 den Befehl, die Kampfhandlungen wieder aufzunehmen. Die kurze Interimsphase bis zu seiner Amtseinführung hatte er ausschließlich für eine Armee reform benutzt. Dennoch blieb auch der neuerlichen aserbaidischen Offensive der erhoffte Erfolg versagt.

Gleichwohl mußte die Karabacher Führung während der internationalen Verhandlungen wiederholt erfahren, daß dem Prinzip der territorialen Integrität Vorrang eingeräumt wird vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Vor diesem Hintergrund signalisierte Stepanakert eine gewisse Kompromißbereitschaft: Eine Zusammenarbeit mit Baku auf einer "horizontalen Ebene" wurde nicht länger ausgeschlossen, d.h. die Karabach-Armenier zeigten sich mit der Gründung einer Konföderation einverstanden, die es ihnen ermöglichen würde, eine eigene Verteidigungsarmee zu unterhalten. Außerdem sollte die Sicherheit Berg-Karabachs von einer internationalen Schutzmacht unter dem Kommando der UNO oder der OSZE - ohne türkische Beteiligung - garantiert werden. Eine weitere Variante brachte der damalige Präsident der "Republik Berg-Karabach", Robert Kotscharjan, ins Spiel. Nach dem Vorbild Tschetscheniens sollten Statusfragen erst in einem Abstand von fünf Jahren geregelt werden. Außerdem sprach er sich für direkte Verhandlungen zwischen Stepanakert und Baku aus. Schließlich würde Präsident Jelzin auch mit dem tschetschenischen Präsidenten Maschadow und Präsident Schewardnadse mit dem Abchasen-Führer Arsinba verhandeln.

Inzwischen diskutiert man in Stepanakert über mögliche "Sonderbeziehungen" zu Aserbaidischans, wie sie bspw. Monaco mit Frankreich oder Liech-

¹⁵ In einem Schreiben äußerte Aliew seinen Wunsch, die Verhandlungen nur "mit der Regierung der Republik von Berg-Karabach" führen zu wollen. Siehe Schreiben von Aliew an die Regierung in Stepanakert Nr. 171 vom 03.09.1993.

tenstein mit der Schweiz unterhält. In diesem Zusammenhang schlug der seit September 1997 amtierende Präsident der "Republik Berg-Karabach", Arkadij Gukasjan, vor, daß sich Aserbajdschaner und Armenier in einem gemeinsamen Parlament versammeln sollten, daß aber "jedes Volk nach seinen eigenen Gesetzen lebt": So würden die Karabach-Armenier auch in Zukunft an den aserbajdschanischen Präsidentschaftswahlen nicht teilnehmen und Baku würde sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten von Berg-Karabach einmischen. Weiter fordert Gukasjan die Anerkennung der "Republik Berg-Karabach" als Völkerrechtssubjekt, so daß Karabach in einigen internationalen Organisationen, aber auch in den Gremien der regionalen Kooperation, vertreten wäre. Auf die UNO-Mitgliedschaft werde man hingegen verzichten. Zusammengefaßt: Die Karabach-Armenier wären bereit, de iure zu Aserbajdschan zu gehören unter der Voraussetzung, daß sie de facto unabhängig blieben. Die Erfüllung dieser Bedingungen sei für die Sicherheit der Armenier unerläßlich, denn ansonsten werde sich die Weltgemeinschaft im Falle eines aserbajdschanischen Angriffs nicht in die "inneren Angelegenheiten Aserbajdschans einmischen." Die Folge wären neue Pogrome und letztendlich die Deportation der armenischen Bevölkerung aus ihrer Heimat, wie es bereits öfters in der Geschichte und der Gegenwart (1988 in Sumgait und 1990 in Baku, damals noch Aserbajdschani-sche SSR) geschehen sei.

Demgegenüber zeigt Baku keinerlei Kompromißbereitschaft - und vor dem Hintergrund der internationalen Unterstützung ist das wohl auch nicht erforderlich. Denn die reichen Ölvorkommen genügen vollauf - so die einhellige Meinung in Aserbajdschan -, um Armenien und Berg-Karabach zum Nachgeben zu zwingen.

Das Scheitern der Karabach-Politik von Präsident Ter-Petrosjan

Der pragmatische, an den realen Möglichkeiten ausgerichtete außenpolitische Kurs von Präsident Ter-Petrosjan gegenüber der Türkei stieß in Armenien von Anfang an auf heftigen Widerstand. Die Opposition unter Führung der Armenischen Revolutionären Föderation Daschnakzutjun (ARFD)

warf ihm vor, die nationale Idee Haj Dat (Armenisches Gericht) verraten zu haben, also vor allem die Forderung nach internationaler Anerkennung des Genozids (1915-22). Obwohl für Ankara die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Armenien nicht in Frage kam, bemühte sich Präsident Lewon Ter-Petrosjan weiter, normale zwischenstaatliche Kontakte zur Türkei aufzubauen, indem er die diplomatische Anerkennung von der Lösung der Karabach-Frage abzukoppeln suchte.¹⁶ Seinen innenpolitischen Kritikern begegnete der Präsident mit der Frage, ob es nicht an der Zeit sei, auf historische Forderungen zu verzichten, die zum einen die schwierige außenpolitische Lage zusätzlich belasten würden, und die zum anderen keinerlei Erfolgsaussichten hätten. Neben seiner eigenen Abwendung von den identitätsstiftenden Stereotypen des armenischen Nationalbewußtseins mutete er der Bevölkerung außerdem die Relativierung der bis dahin unumstrittenen, traditionell prorussischen Orientierung zu. Er begründete diesen Kurswechsel mit dem Hinweis, die vermeintlich "christlichen" Großmächte, an erster Stelle Rußland, hätten nichts unternommen, um die nationalen Interessen Armeniens zu unterstützen. Als es die Türkei jedoch weiterhin kategorisch ablehnte, mit Armenien normale zwischenstaatliche Beziehungen zu unterhalten, mußte Präsident Ter-Petrosjan wieder auf den "traditionellen Verbündeten" Rußland, aber auch auf den Iran, zurückgreifen. Bereits nach dem Zerfall der Sowjetunion waren auf ausdrücklichen Wunsch Armeniens russische Truppen in der Transkaukasusrepublik geblieben. "Armenien brauchte einen Verbündeten, der den Schutz des Landes garantieren konnte", erklärte Ter-Petrosjan rückblickend.¹⁷ Daraufhin wurden zwischen 1993 und 1997 bilaterale Verträge abgeschlossen, die die Militärpräsenz Rußlands auf 25 Jahre festschrieben. Im August 1997 gingen beide Staaten zudem die Verpflichtung ein, sich gegenseitig im Fall einer Aggression von

¹⁶ "Die Türkei unterhält Sonderbeziehungen zu Aserbaidshan und hat die armenisch-aserbaidshanische Auseinandersetzung zu einem Faktor der türkischen Innenpolitik hochstilisiert. Deshalb macht die Türkei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von der Lösung des Karabach-Konflikts abhängig. Durch Druck glaubt man, den Streit schnell lösen zu können. Aber am schnellsten kann man den Konflikt beilegen, indem man mit uns normale Beziehungen aufnimmt", erklärte Lewon Ter-Petrosjan in: FOCUS. Nr. 7 vom 08.02.1997. S. 206 f.

¹⁷ Ibid.

außen zu verteidigen. Gleichzeitig beteiligte sich Armenien nicht an antirussischen Allianzen, wie sie bspw. zwischen Aserbaidschan, Georgien und Tschetschenien abgeschlossen wurden. Dem Bündnis GUAM (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldowa) vom November 1997 trat Jerewan ebenfalls nicht bei.

Diese Gefolgschaft kennt jedoch Grenzen: Nur unter der Prämisse, daß die Souveränität Armeniens nicht verletzt wird, teilt Jerewan den Wunsch Moskaus nach einem engeren Zusammenschluß der GUS. Von daher verweigerte sich Ter-Petrosjan einer Zollunion mit Rußland ebenso wie dem Beitritt zur Union zwischen Rußland und Weißrußland. Ungeachtet der engen militärischen Kooperation mit Moskau gilt der armenische Präsident dem Kreml deshalb als "prowestlich". Obwohl die russische Regierung von den Armeniern unbedingten Gehorsam verlangt, läßt sie im Gegenzug Jerewan auf internationaler Ebene - beispielsweise bei der Erörterung der Karabach-Frage - in der UNO, der OSZE oder der GUS ohne Unterstützung. In diesem Zusammenhang werden die bei einem GUS-Treffen vorgetragenen Fragen von Boris Jelzin kolportiert: "Was will Berg-Karabach? Einen Status wie die Vereinigten Staaten?" Schließlich hatte Außenminister Primakow nach der Festschreibung der Militärpartnerschaft nichts Eiligeres zu tun, als in Baku abzuwiegeln, indem er die Bedeutung des Abkommens herunterspielte. Noch weiter ging sein früherer Kollege, Verteidigungsminister Igor Rodionow: Er scheute nicht davor zurück, das Bündnis zu kritisieren und Dokumente über die geheimen Waffenlieferungen Rußlands an Armenien zu veröffentlichen. Dieser Skandal wurde jedoch schnell vertuscht, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Rußland und die Ukraine doppelt so viele Waffen an Aserbaidschan geliefert hatten. Diese zweigleisige Politik wird in Rußland selbst heftig angegriffen: Die Kritiker geben zu bedenken, daß die Außenpolitik ihres Landes nicht mehr als glaubwürdig und verlässlich gilt, wenn der Kreml bereit ist, seinen einzigen Bundesgenossen im Transkaukasus im Stich zu lassen. Gleichzeitig verweisen sie

auf die USA, die sich wesentlich stärker für ihre Verbündeten engagieren würden.¹⁸

Der Iran stellte keine Vorbedingungen für die Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen zu Armenien und verhielt sich im Konflikt um Berg-Karabach neutral. Teheran und den arabischen Nahoststaaten war es außerdem zu verdanken, daß der Krieg zwischen den christlichen Armeniern und den moslemischen Aseris nicht zu einem neuen Religionskrieg hochstilisiert wurde.¹⁹ Dennoch unternahm Armenien auf amerikanischen Druck zunächst nichts, um die Kontakte auszubauen. Diese Situation änderte sich erst nach der Schließung der armenisch-türkischen Grenze, als die Beziehungen zum Iran plötzlich zu einer Überlebensfrage wurden. Die historisch unbelasteten Erfahrungen der beiden Nachbarstaaten miteinander erleichterten den Annäherungsprozeß. Mit diesem Richtungswechsel reduzierte sich jedoch gleichzeitig der Handlungsspielraum der armenischen Außenpolitik: Denn die Interessen der kleinen Transkaukasusrepublik begannen, sich zunehmend mit denjenigen der USA in der Region zu kreuzen: Erstens begrüßte Armenien die Stationierung russischer Militärbasen. Zweitens ließ sich Jerewan nicht von einer Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Karabach-Armenier abbringen und drittens pflegte das Land freundschaftliche Beziehungen zum Iran. Ein weiterer Faktor von hoher politischer und wirtschaftlicher Bedeutung gesellte sich 1994/95 hinzu: Aserbaidshon initiierte die Gründung von mehreren internationalen Konsortien, um das Kaspische Erdöl zu fördern und seinen Transport nach Westen

¹⁸ Konstantin Satulin in: *Nezavisimaja gazeta*. 05.12.1997. Darüber hinaus mahnt der Herausgeber der *Nesavisimaja gazeta*, Vitalij Tretjakow, an: Obwohl die russische Stellung in der Region von der Haltung Armeniens abhängig sei, stelle Moskau einen der wenigen verbliebenen Verbündeten öffentlich bloß, die Rußland weltweit noch geblieben seien. In: *ibid.*, 18.02.1998.

¹⁹ Nicht zu einem geringen Teil tragen auch die protürkisch ausgerichteten aserbaidshonischen Politiker zu dieser iranischen Haltung bei. Während seiner Präsidentschaft und auch später noch hatte der Vorsitzende der Volksfront, Abulfas Elçibey, darauf verwiesen, daß "40 Millionen Aserbaidshanern" ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht verweigert werden könne. Daß diese Position in Teheran auf Kritik stößt, verwundert nicht, denn im Nordiran befinden sich aserbaidshonische Siedlungsgebiete. Dies erklärt zum Teil, warum Teheran an einer friedlichen Entwicklung in Transkaukasus interessiert ist.

sicherzustellen.²⁰ Der größte Anteil bei diesem Deal fiel den US-Ölmultis zu, allerdings durfte auch die russische Lukoil an dem Geschäft partizipieren. Seitdem verbirgt Washington nicht länger, daß auch im Transkaukasus "lebenswichtige Interessen der USA" berührt werden: Betroffen ist in erster Linie Berg-Karabach, denn der Krieg stört den Öltransport nach Westen. Parallel zu der wachsenden US-amerikanischen Rückendeckung versteifte sich auch die Haltung der aserbajdschanischen Regierung bei den Friedensverhandlungen.²¹

Im Kreml verfolgt man das amerikanische Engagement im Transkaukasus mit Mißtrauen.²² Als letzte Optionen für eine russische Intervention bleiben: Abchasien, Südossetien, Armenien und Berg-Karabach. Insbesondere Karabach dient dem Kreml als Spielball für die Durchsetzung seiner Ziele in der Region. Bereits zweimal hat Rußland versucht, die Bergregion den Aserbajdschanern zu übergeben. "Moskau wird uns gegen Öl oder Aliews Versprechen, Militärbasen zuzulassen, bedenkenlos verkaufen", meinte ein Politiker aus Berg-Karabach.²³ Hinzu kommt die ambivalente Haltung

²⁰ Kamildschan Kalandarov: Na Kaspii stolknulis' interesy mirovych deržav. [Im Kaspischen Raum treffen die Interessen der Weltmächte aufeinander.] In: Nezavisimaja gazeta, 04.06.1997. Christiane Hoffmann: Öl, Gas und immer wieder Krieg. In: FAZ, 27.06.1998.

²¹ Zu den Lobbyisten der Ölgesellschaften und Aserbajdschan zählen: Henry Kissinger, James Baker, Zbigniew Brzezinski, Brent Scowcroft, John Sununu, John Mareska u. a. In: Itogi. Moskau. 16.09.1997.

²² Präsident Boris Jelzin beschuldigte am 20.08.1997 während einer Sitzung des Sicherheitsrats in Moskau die Amerikaner, daß sie den Transkaukasus als ihre ureigene "Einflußsphäre" betrachten und "ohne sich zu schämen dies auch offen aussprechen" würden. Washington korrigierte Jelzin sogleich, indem festgestellt wurde, in den USA spreche man nicht von Einflußsphären, vielmehr habe man "mit Rußland gemeinsame Interessen in dieser Region." In: Itogi, 16.09.1997. Siehe auch: Mehman Gafarly: Aserbajdžan stanovitsja žiznennovažnym dlja SŠA. [Aserbajdschan wird lebenswichtig für die USA.] In: Nezavisimaja gazeta, 05.08.1997. FAZ, 04., 21. und 22.08.1997.

²³ Der russische Co-Vorsitzende der Minsker OSZE-Gruppe, Jurij Jukalow, bezeichnete die wiederholten Äußerungen aserbajdschanischer Regierungsmitglieder und von Präsident Aliew als "provokative Erfindungen", wonach Rußland des öfteren vorgeschlagen haben soll, es werde für die Befreiung der von den Karabach-Armeniern besetzten aserbajdschanischen Gebiete Sorge trage, vorausgesetzt Baku

Rußlands als Co-Vorsitzender im Rahmen der Minsker OSZE-Gruppe: Hier hatte sich Moskau in der Karabach-Frage der amerikanischen Haltung angeschlossen. Jedoch fand ihr gemeinsamer Lösungsvorschlag à la Dayton, d.h. NATO-Einheiten werden als "Friedenstruppen" in der Krisenregion stationiert, weder die Zustimmung Irans noch der Karabach-Armenier.²⁴ Samwel Babajan, Verteidigungsminister in Stepanakert, ist davon überzeugt, daß es nicht im Interesse der Europäer liegen kann, für den Kampf um Ölvorkommen das Leben ihrer Soldaten aufs Spiel zu setzen: Denn die gewaltsame Durchsetzung einer Dayton-Lösung würde einen neuen Krieg provozieren, da mit einer Kooperation der Armenier in diesem Fall nicht gerechnet werden könne. Anstelle mit der Anwendung von Gewalt zu drohen, wäre die Minsker Gruppe besser beraten, über den armenischen Vorschlag einer Demilitarisierung der von Berg-Karabach besetzten aserbajdschanischen Gebiete nachzudenken. Unter der Voraussetzung einer dauerhaften Demilitarisierung dieser Gebiete seien die Karabach-Armenier bereit, die eroberten Landstriche zu räumen, so daß die 500.000 aserbajdschanischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren könnten. Demgegenüber tönen aus Baku nur militante Erklärungen, die zusammen mit der Aufrüstung der aserbajdschanischen Armee auf eine gewaltsame Lösung des Konfliktes schließen lassen.

Daß Präsident Ter-Petrosjan die Bevölkerung nicht über den Stand der Beratungen in der Minsker Gruppe auf dem laufenden hielt - er wollte die vertraulich geführten Verhandlungen nicht gefährden-, hat sich im nachhinein als schwerer politischer Fehler herausgestellt. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß er mit seinen Ausführungen während einer

sei damit einverstanden, russische Militärbasen in Aserbajdschan einzurichten. In: Golos Armenii. Jerewan. 28.08.1997.

²⁴ In Moskau wird dieses Szenarium in einer Reihe von Zeitungsartikeln - unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, also von Zavtra und Pravda-5 bis Izvestija und Nezavisimaja gazeta - als "Horrorvision" skizziert. Denn dieser Kompromißvorschlag wird als Versuch der USA gewertet, unter dem Deckmantel des Friedensstifters in Berg-Karabach das Ziel zu verfolgen, eigene Truppen nach Aserbajdschan zu verlegen und eine ständige amerikanische Militärmission aufzubauen. Nach einem anderen Plan würden angeblich amerikanische und türkische Truppen aufgrund einer Einladung Bakus über georgisches Gebiet nach Aserbajdschan entsendet werden.

Pressekonferenz am 26. September 1997 eine Bombe zündete.²⁵ Ter-Petrosjan erklärte, Armenien werde einer schrittweisen Lösung des Karabach-Konfliktes zustimmen: Zuerst sollten die Karabach-Truppen die sechs besetzten aserbajdschanischen Gebiete räumen, so daß die Flüchtlinge zurückkehren könnten. Erst danach werde über den Status der "Republik Berg-Karabach" verhandelt. Gleichzeitig würde Aserbajdschan die Kommunikationsverbindungen nach Armenien öffnen. Im Anschluß an diese Erklärung wurde der Präsident von der Opposition als "Erfüllungspolitiker" und "Verräter" gebrandmarkt.²⁶ Die Regierung von Berg-Karabach verhielt sich in dieser Phase der politischen Auseinandersetzungen im wesentlichen ruhig. Der Beobachter konnte den Eindruck gewinnen, daß der Präsident eine neue Taktik entwickelt hatte, um seine politischen Ziele durchzusetzen. Dies bestätigten auch immer wieder die Verlautbarungen des Ministerpräsidenten, Robert Kotscharjan, und von Serschik Sarkisjan, dem Innen- und Sicherheitsminister. Ter-Petrosjan hatte Kotscharjan, vormals Präsident der "Republik Berg-Karabach", zusammen mit dessen Verteidigungsminister, Serschik Sarkisjan, nach Jerewan geholt, um die Glaubwürdigkeit seiner Politik zu untermauern. Beide bestätigten immer wieder, daß sie lediglich graduelle Meinungsunterschiede vom Präsidenten trennen würden. Allerdings machten Teile der Moskauer Presse durch die Veröffentlichung von Artikelserien Stimmung, in denen sie die Kompromißbereitschaft Ter-Petrosjans heftig angriffen. Rußland blieb also bei seiner doppelgleisigen Politik: Während die Moskauer Außenpolitiker die territoriale Integrität Aserbajdschans auf internationaler Ebene unterstützten, blockierten sie gleichzeitig einen kompromißbereiteren Kurs des armenischen Präsidenten. Eine friedliche Beilegung des Karabach-Konflikts - sei es in aserbajdschanischem oder armenischen Sinne - liegt nach wie vor nicht im außenpolitischen Interesse des Kreml. Schließlich würde ein Friedensschluß bedeuten, daß Moskau wieder über ein Mosaiksteinchen weniger verfügt, um Einfluß in der Region auszuüben. Außerdem wollen einflußreiche "Ölkreise" bereits präventiv einen möglichen Erdöltransport

²⁵ Respublika Armenija. Jerewan. 30.09.1997.

²⁶ Hajoc ašchar. Jerewan. 01.-20.10.1997. Golos Armenii, 21.10.1997.

über Armenien (und auch über Georgien) verhindern. Denn je länger die Konfliktsituation im Transkaukasus anhält, desto wahrscheinlicher wird der Bau einer Trasse über russisches Gebiet.

Letztlich waren jedoch die Störmanöver aus Moskau nicht ausschlaggebend für das politische Scheitern des Präsidenten. Entscheidend war vielmehr, daß es Ter-Petrosjan nicht gelang, die Menschen von seinen politischen Zielen zu überzeugen. Bereits bei den Präsidentschaftswahlen vom September 1996 war die schlechte Stimmung im Land spürbar. Denn Ter-Petrosjan hatte es versäumt, die Ursachen der Wirtschaftsmisere eindeutig zu benennen: So basierte die Krise weniger auf der Korruption als auf den für Armenien horrenden Kosten, die für die Unterstützung Berg-Karabachs und die Finanzierung einer schlagkräftigen Armee aufgebracht werden müssen. Im November 1997 bestätigte der Präsident noch einmal, daß er keinen anderen Ausweg aus der Krise sehe, als sich zusammen mit Aserbaidtschan über Berg-Karabach zu verständigen.²⁷ Armenien habe in der Karabach-Frage keine Verbündeten, und es sei sinnlos, allein gegen die "internationale Gemeinschaft" anzukämpfen. Danach verglich er die Lage in Armenien mit der Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien: der Staatsoberhaupt empfahl, lieber jetzt, mit militärischen Erfolgen im Rücken, einen Kompromiß zu schließen, als später eine aufgezwungene Lösung hinnehmen zu müssen. Allerdings wies seine Argumentation einen erheblichen Nachteil auf: Ter-Petrosjan konnte keine Sicherheitsgarantien anbieten. Dieses Mal stießen seine Äußerungen auf heftige Kritik aus Stepanakert: Berg-Karabach werde von nun an seine Probleme allein mit Baku lösen. Außerdem möge man von Armenien aus darauf verzichten, sich zu dieser Frage zu äußern. Allein die Karabach-Armenier seien von den Aserbaidtschanern jahrzehntelang in ihrer ethnischen, religiösen und kulturellen Identität unterdrückt worden, sie hätten die Befreiungsbewegung begonnen

²⁷ Lewon Ter-Petrosjan: Krieg oder Frieden. In: Hajastani Hanrapetutjun. Jerewan. 01.11.1997.

und im Krieg gelitten. Ohne echte Sicherheitsgarantien würden sie sich nicht von Ter-Petrosjan an Baku ausliefern lassen.²⁸

Die Krise innerhalb der politische Elite Armeniens erreichte nach dieser Erklärung einen ersten Höhepunkt. Gegen den Präsidenten solidarisierten sich der Ministerpräsident sowie der Innen- und der Verteidigungsminister: Sie empfahlen Lewon Ter-Petrosjan, über seinen Rücktritt nachzudenken. Schließlich wendeten sie sich direkt an die Bevölkerung, indem sie der regierenden Armenischen Allnationalen Bewegung (AAB) öffentlich vorwarfen, eine Anti-Karabach-Stimmung zu erzeugen.²⁹ Ter-Petrosjan beschuldigte seine Kritiker, das armenische Volk zu entzweien. Die AAB stand daraufhin vor der Spaltung: Während Anhänger des Präsidenten von der Bildung einer Militärjunta sprachen³⁰, unterstützten andere den Verteidigungsminister. Die in dem Verein Erkrapa zusammengeschlossenen Reservisten, zumeist mit Fronterfahrung, schlossen sich ebenfalls Wasgen Sarkisjan an und forderten, an der Wiedervereinigung mit Berg-Karabach festzuhalten. Vierzig AAB-Parlamentarier und neun Mitglieder der "Reform-Fraktion" traten der Gruppe Erkrapa bei, die von diesem Zeitpunkt mit 69 Abgeordneten die größte Fraktion in der armenischen Nationalversammlung stellte.³¹ Nachdem Ministerpräsident Kotscharjan seinen Rücktritt kategorisch abgelehnt hatte, wendete sich Präsident Ter-Petrosjan am 3. Februar 1998 mit einer kurzen Fernsehansprache an die Bevölkerung: "Die ihnen bekannten Machtorgane haben mich aufgefordert, zurückzutreten. Wenn ich in dieser Situation meine verfassungsmäßigen Rechte ausüben würde, müßte ich in Kauf nehmen, das Land zu destabilisieren. Deshalb erkläre ich hiermit meinen Rücktritt." Er fügte hinzu, die Partei des Friedens hätte eine bittere Niederlage erlitten.³² Gemäß der Verfassung fanden

²⁸ Respublika Armenija, 18.10.1997. Hajoc ašchar, 15. und 23.10.1997. Golos Armenii, 13.12.1997.

²⁹ Aravot. Jerewan. 27.01.1998. Hajoc ašchar, 27.01.1998.

³⁰ Hajk. Jerewan. 27.01.1998. Golos Armenii, 27.01.1998.

³¹ Hajastani Hanrapetutjun, 03.02.1998.

³² "Ich halte Lewon für einen sehr aufrichtigen Menschen. Er gehört zu denen, die die Kunst der Realpolitik beherrschen. Er kam aus einem Bereich, der mit Politik nichts zu tun hat. Als Naturtalent hat er aber das große Einmaleins der Politik schnell ge-

40 Tage nach dem Rücktritt des Präsidenten Neuwahlen statt, also am 16. März 1998. Dennoch kam es zu einer weiteren kurzfristigen Verfassungskrise: Neben Ter-Petrosjan war auch Parlamentspräsident Babken Ararxjan von seinem Amt zurückgetreten. Sein Nachfolger, Chosrow Harutjunjan, wollte die kommissarische Leitung des Staates - wie es das Grundgesetz vorschreibt - nicht übernehmen. Von daher beschloß die Volksvertretung, Ministerpräsident Robert Kotscharjan, zugleich Präsidentschaftskandidat, mit der Leitung der Amtsgeschäfte zu beauftragen. Kotscharjan zählte zu den aussichtsreichsten Bewerbern und wurde vom Verein Erkrpah und der Daschnakzutjun unterstützt. Seine Konkurrenten waren Sergej Badaljan (KP) und Karen Demirtschjan (bis 1988 Erster Sekretär der KP Armeniens, danach Direktor einer Rüstungsfabrik). Die AAB verzichtete auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten, um "das Land nicht zu spalten".

Bereits im November 1997 hatte der Präsident Ter-Petrosjan in einem Artikel "Krieg oder Frieden" ausgeführt, die armenische Bevölkerung werde bis zur Lösung der Karabach-Frage auf einen bescheidenen Wohlstand verzichten müssen. Ihm sei inzwischen nur wichtig, daß die seit 3000 Jahren nachgewiesene armenische Kultur in Berg-Karabach weiterbestehe, notfalls auch unabhängig von der Zugehörigkeit zur Republik Armenien.³³ Die Bevölkerung konnte der Präsident jedoch nicht von der Notwendigkeit seiner einseitig kompromißbereiten Haltung überzeugen, denn Aserbaidshan weigert sich nach wie vor, Sicherheitsgarantien für die Karabach-Armenier zu geben. Vor zehn Jahren hatte sich der damalige Volksheld Ter-Petrosjan noch für einen kompromißlosen "Kampf bis zum Ende", d.h. bis zur Wiedervereinigung Armeniens mit Berg-Karabach ausgesprochen. In der Folgezeit wurden 6.000 armenische Soldaten getötet und 20.000 verwundet, weil sie ihren Traum von einem Leben in Freiheit und nationaler Selbstbestimmung nicht aufgeben wollten.

lernt. Ich vergleiche ihn gerne mit Vaclav Havel. Er hat sein Wort immer gehalten und mit seinem Rücktritt hat er Mut bewiesen, denn im anderen Fall hätte es in Armenien ernst zunehmende innenpolitische Auseinandersetzungen gegeben", erklärte der georgische Präsident Eduard Schewardnadse in einem Interview mit dem Autor am 11.02.1998. Rheinische Post. Düsseldorf. 14.02.1998

³³ Hajastani Hanrapetutjun, 01.11.1997.

Die aktuelle Haltung Armeniens zum Karabach-Konflikt

Nach dem Rücktritt von Präsident Lewon Ter-Petrosjan folgte ein kurzer Wahlkampf. Obwohl das Staatsoberhaupt wegen seiner vermeintlich zu kompromißbereiten Haltung in der Karabach-Frage von seinem Amt hatte zurücktreten müssen, spielte dieses Thema während des Wahlkampfs nur eine untergeordnete Rolle. Selbst der aussichtsreichste Bewerber um das Präsidentenamt, Robert Kotscharjan, widmete Berg-Karabach in seinem Wahlprogramm lediglich zehn Zeilen: Darin trat er für die internationale Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts von Arzach ein sowie für ein sicheres Leben der Arzacher Armenier in gesicherten Grenzen mit einer unverrückbaren Verbindung zum armenischen Mutterland.³⁴

Nachdem Robert Kotscharjan am 30. März 1998 die Präsidentschaftswahlen für sich hatte entscheiden können, erläuterte er seine politischen Ziele in bezug auf Berg-Karabach ausführlicher: Zunächst betonte der Präsident, er werde nicht hinnehmen, daß sich die aserbajdschanische Hoheitsgewalt auf Karabach erstrecken würde. Außerdem werde er Stepanakert darin bestärken, nur dann einer langfristigen Konfliktlösung zuzustimmen, wenn alle erforderlichen Sicherheitsgarantien berücksichtigt würden. Präsident Kotscharjan merkte weiter an, der Krieg sei ursprünglich zwischen Aserbajdschan und Berg-Karabach ausgebrochen, Armenien sei erst später in die militärische Auseinandersetzung hineingezogen worden. Die kompromißbereite Haltung der Republik Armenien unter seinem Amtsvorgänger hätte die internationalen Vermittler irrtümlich zu der Annahme verleitet, es sei effektiver, direkt mit Jerewan zu verhandeln. Infolgedessen seien die direkt Betroffenen von der Lösungssuche ausgeschlossen worden. Die Karabacher würden jedoch auf ihre de facto-Unabhängigkeit nicht mehr verzichten. Deshalb seien alle Vorschläge Aserbajdschans, die auf eine Wiederherstellung des früheren Autonomiestatus - er war mit dem Ende der Sowjetunion von Aserbajdschan einseitig aufgehoben worden - hinauslaufen würden, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Gleichwohl sei Stepanakert bereit, einen Beitrag zu leisten, der Aserbajdschan helfe, "sein Ge-

³⁴ Wahlkampfbroschüre von Robert Kotscharjan. Jerewan 1998. Hajoc aşchar, 29.03.1998.

sicht zu wahren". Denkbar sei bspw. die Gründung einer Konföderation oder die assoziierte Mitgliedschaft Arzachs im Rahmen des aserbajdschischen Staatsverbandes. Entscheidend sei, daß sich die bilateralen Beziehungen gleichberechtigt und auf einer horizontalen Ebene entwickeln würden.³⁵

Die neueingesetzte armenische Regierung erläuterte wiederholt ihre geänderten außenpolitischen Ziele und forderte Aserbajdschan auf, sich keinen vorschnellen Illusionen über die Zukunft Berg-Karabachs hinzugeben. Bei einem Treffen der GUS-Präsidenten Ende April 1998 in Moskau ließ Robert Kotscharjan seinen Amtskollegen Aliew denn auch unmißverständlich wissen, Baku müsse den Weg direkter Verhandlungen zu Stepanakert einschlagen. Darüber hinaus legte er Aliew den Verzicht auf die Autonomie-regelung nahe und empfahl, eine umfassendere Lösung in seine Überlegungen miteinzubeziehen.³⁶ Beide Präsidenten waren sich darin einig, daß der Konflikt nur mit friedlichen Mitteln beigelegt werden sollte. Allerdings ließ Armenien keinen Zweifel daran, daß eine Regelung der Karabach-Frage wegen der Einschaltung der Minsker OSZE-Gruppe nicht allein von Aserbajdschan getroffen werden könne. Vielmehr solle ein völkerrechtliches Dokument eine Lösung festschreiben, die zudem internationale Garantien beinhalten müsse.³⁷ Armenien sei bereit, die Verhandlungen über Berg-Karabach in der Form "drei plus drei" wiederaufzunehmen, d.h. Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien Armenien, Aserbajdschan und Berg-Karabach sowie den drei Co-Vorsitzenden der Minsker Gruppe.

Der armenische Außenminister, Wardan Oskanjan³⁸, wies Behauptungen über eine Verhärtung der Position Jerewans nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten zurück. Schließlich sei Armenien zu ernsthaften Zugeständnissen in der Karabach-Frage bereit. Eine Kompromißlösung bestehe bspw. darin, daß das Ziel der Unabhängigkeit Berg-Karabachs oder gar eine Wie-

³⁵ Golos Armenii, 24.02.1998. Izvestija. Moskau. 08.04.1998.

³⁶ Badische Zeitung. Freiburg. 06.05.1998.

³⁷ Izvestija, 08.04.1998.

³⁸ Nach seiner Ernennung zum armenischen Außenminister verzichtete Wardan Oskanjan auf seine US-amerikanische Staatsbürgerschaft und nahm die armenische an.

dervereinigung mit der Republik Armenien nicht länger verfolgt werde. Dessen ungeachtet sei die armenische Regierung zutiefst vom Recht der Karabacher auf ihre Unabhängigkeit überzeugt. Vor diesem Hintergrund forderte Oskanjan die aserbajdschanische Regierung auf, ebenfalls einen kompromißbereiten Kurs einzuschlagen und endlich auf den nicht akzeptablen Autonomiestatus-Vorschlag zu verzichten.³⁹ Dieses Angebot war bereits vor zehn Jahren von den Armeniern als unzumutbar zurückgewiesen worden.

Nach dem Wechsel im Präsidentenamt ist die armenische Regierung ferner bestrebt, ihre Beziehungen zur Türkei auf eine neue Basis zu stellen. Mit Blick auf den zurückgetretenen Präsidenten erklärte Außenminister Oskanjan, Lewon Ter-Petrosjan hätte gegenüber Ankara zu viele Zugeständnisse gemacht. Und das, obwohl die Türkei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen stets abgelehnt und die armenisch-türkische Grenze weiterhin blockiert habe. Im Unterschied zur früheren Führung besteht Jerewan heute auf der Anerkennung des Genozids am armenischen Volk, der von 1915 bis 1922 im Osmanischen Reich und der Türkei organisiert und durchgeführt worden war. Jerewan ist davon überzeugt, daß das Eingeständnis des Völkermords einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung der armenisch-türkischen Beziehungen leisten würde, die durch dieses Verbrechen schwer belastet seien.⁴⁰ Die Türkei, die den Völkermord stets negiert hat, reagierte auf den neuen armenischen Kurs mit dem Hinweis, für die Schaffung stabiler Verhältnisse in der Region müsse man nicht in die Vergangenheit schauen, sondern in die Zukunft.⁴¹

³⁹ ITAR-TASS. Moskau. 17.06.1998.

⁴⁰ Rheinische Post, 07.05.1998.

⁴¹ Nezavisimaja gazeta, 07.05.1998. Bevorzugtes Ziel türkischer Pressionen sind stets die Regierungen, die auf die offizielle Anerkennung des Völkermords am armenischen Volk drängen. Jüngstes Beispiel ist Frankreich, dessen Assemblée nationale am 29. Mai einstimmig beschloß: "La France reconnaît publiquement le génocide arménien de 1915." [Frankreich erkennt öffentlich den armenischen Genozid von 1915 an.] Reuters. Paris. 29.05.1998. Siehe auch Horst Bacia: Türkische Politiker wollen die Geschichte ihres Landes unter keinen Umständen mit dem Wort "Genozid" belastet wissen. In: FAZ, 09.06.1998.

Während der armenische Außenminister unverändert die Anerkennung des Genozids als Bedingung für eine Normalisierung der armenisch-türkischen Beziehungen fordert, überraschte Präsident Kotscharjan mit einer neuerlichen Kurskorrektur. Nunmehr solle das Thema Genozid aus den zwischenstaatlichen Beziehungen ausgeklammert werden. Außerdem hofft er, die Türkei und Armenien könnten zu Verbündeten werden. Die früher von der Opposition hart kritisierte Erklärung des Ex-Präsidenten Ter-Petrosjan, Armenien habe "keine ewigen Feinde oder Freunde", wurde von Kotscharjan wiederholt.⁴² In Ankara stieß dieser Annäherungsversuch jedoch auf taube Ohren, mehr noch, die Türkei befindet sich weiterhin auf der Suche nach Gefolgsleuten, die auf internationaler Ebene für die aserbajdschanische Position in bezug auf den Karabach-Konflikt votieren. Anlässlich des Treffens der Staatsoberhäupter der türkischsprachigen Länder im Juni 1998, bestätigte Präsident Suleyman Demirel, daß eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Armenien und eine Öffnung der armenisch-türkischen Grenze erst nach dem Rückzug der "armenischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten Aserbajdschans" denkbar sei.⁴³

Der Präsident von Berg-Karabach, Arkadij Gukasjan, zeigte sich mit der Aufnahme von Verhandlungen mit Aserbajdschan einverstanden, sofern keine Vorbedingungen gestellt würden. Er legte Wert auf die Feststellung, weder er noch seine Regierung seien zu einseitigen Vorleistungen bereit. Bisher hatte Baku bilaterale Gespräche verhindert, da es die Aserbajdschaner ablehnten, mit "Separatisten" zu verhandeln und sich weigerten, Stepanakert als Konfliktpartei überhaupt anzuerkennen. Das aserbajdschanische Angebot, man werde Berg-Karabach als Verhandlungspartner akzeptieren, vorausgesetzt, Stepanakert verpflichte sich, einem Autonomiestatus in den Grenzen Aserbajdschans zuzustimmen, lehnten die Karabacher als Vorbedingung ab.⁴⁴ Jerewan schloß sich dieser Haltung an.

⁴² Milliyet, 12.06.1998, Respublika Armenija, 12.06.1998.

⁴³ Golos Armenii, 13.06.1998.

⁴⁴ "Die Forderung nach einem direkten Dialog zwischen dem Souverän und einem seiner Subjekte ist nichts anderes als der Versuch, auf diese Weise die de facto-Unabhängigkeit zu erreichen", meinte Wafa Gulusade, außenpolitischer Berater des aserbajdschanischen Präsidenten. In: Snark Presseagentur. Baku. 11.06.1998.

Gukasjan führte weiter aus: "Arzach ist bereit, auf einige Hoheitsrechte eines unabhängigen Staates zu verzichten und als gleichberechtigter Partner mit Baku zusammenzuarbeiten."⁴⁵

Eine Analyse der aktuellen Erklärungen aus Jerewan und Stepanakert ergibt folgende Zielsetzungen der gegenwärtigen armenischen Politik. Es gilt, den Schaden zu begrenzen, der aus der einseitig kompromißbereiten Verhandlungsposition Ter-Petrosjans resultierte, und - sofern möglich - eine günstigere Ausgangslage für die Karabach-Armenier zu schaffen. Hierzu zählt insbesondere die Verankerung dauerhafter Sicherheitsgarantien in einem Friedensvertrag ebenso wie in einem Staatsvertrag, der den Status Berg-Karabachs fixiert. Hinzu kommen müssen internationale Gremien, die diese Sicherheitsgarantien kontrollieren und notfalls auch durchsetzen. Darüber hinaus soll der Zusammenhalt zwischen Armenien und Berg-Karabach festgeschrieben werden. Zu diesem Zweck reiste eine Delegation der armenischen Nationalversammlung vom 14. bis 16. Mai 1998 nach Stepanakert. Beide Seiten unterzeichneten bei dieser Gelegenheit Vereinbarungen über die weitere Zusammenarbeit und eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Diese Abkommen wurden von Aserbaidschan, d.h. von Regierung und Opposition gleichermaßen, heftig kritisiert.⁴⁶

Auf internationaler Ebene versucht sich die völkerrechtlich nichtanerkannte "Republik Berg-Karabach" als "Völkerrechts-Subjekt" und nicht als Spielball der Politik zu präsentieren. Stepanakert wiederholt selbstbewußt, es sei "ein großer Fehler", die Verantwortung und den Einfluß Armeniens auf die Lösungsfindung zu überschätzen. Berg-Karabach sehe sich als "stabilisierendes Potential", als "ausgleichender Faktor in der Region", der sich "als Brücke zwischen Armenien und Aserbaidschan" geradezu anbiete. Die Außenministerin der Republik Berg-Karabach, Naira Melkumjan, fordert die Minsker OSZE-Gruppe auf, sich endlich von ihrer einseitigen Politik zu

⁴⁵ Respublika Armenija, 19.05.1998.

⁴⁶ Ibid. Der Vorsitzende der Partei "Nationale Unabhängigkeit Aserbaidschans", Etibar Mamedow, ist davon überzeugt, daß die von den Parlamentsdelegationen unterzeichneten Vereinbarungen nur dem Zweck dienen, Aserbaidschan zu kriegerischen Handlungen zu provozieren. In: ITAR-TASS, 19. 05.1998.

trennen und sich bei Baku genauso aktiv für einen direkten Dialog zwischen Berg-Karabach und Aserbajdschan einzusetzen, wie dies die "Jugoslawien Kontakt-Gruppe" von Belgrad in bezug auf den Kosovo-Konflikt verlange.⁴⁷

Gleichwohl stößt der Versuch der Karabach-Armenier, ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung zu realisieren, nach wie vor auf das Unverständnis und die Ablehnung der internationalen Staatengemeinschaft. Es handelt sich dabei um die gleiche Gemeinschaft, die im Februar 1988 den mutigen Kampf der Armenier gegen das sowjetische Imperium begrüßt hatte. Zehn Jahre später übt sie dagegen erheblichen Druck auf die Armenier aus, eine autoritäre Entscheidung Stalins, die die Betroffenen während der gesamten Sowjetära nicht akzeptieren wollten, im nachhinein anzuerkennen. Dem demokratischen Frühling blieb nur eine kurze Lebensdauer beschieden: Anstelle der einstigen Diktatoren nimmt es heute die internationale Staatengemeinschaft hin - sekundiert von mächtigen Ölkonzernen -, daß ein kleines christliches Volk erneut in seiner ethnischen, religiösen und kulturellen Identität existentiell bedroht wird. Daß es auch anders geht, zeigt das Beispiel Israel: Es wird gebilligt, daß sich der Nahoststaat - notfalls sogar mit einem militärischen Präventivschlag - selbst verteidigt und seine staatliche Existenz mit der Formel "Land gegen Frieden" abzusichern sucht. Diesem Beispiel folgen die Karabach-Armenier. Sie sehen sich nicht in der Opferrolle und werden einen zweiten Genozid nicht hinnehmen.

Die Politik Aserbajdschans vor den Präsidentschaftswahlen

Die eine Verständigungslösung anstrebende Haltung des armenischen Präsidenten Lewon Ter-Petrosjan wurde in Baku begrüßt. Die aserbajdschanische Führung sah darin einen Erfolg ihrer ergebnisorientierten Politik, da Präsident Alijew schließlich bereit war, einem schrittweisen Rückzug der Karabacher Truppen aus den besetzten Gebieten zuzustimmen. Zuvor hatte Aserbajdschan auf einem sofortigen Abzug der armenischen Besatzer -

⁴⁷ INTERFAX, 01.04.1998.

auch aus dem Latschin-Korridor - bestanden.⁴⁸ Gleichzeitig wiederholte die aserbaidische Regierung ihre Forderung, die Republik Armenien müsse im Gegenzug die territoriale Integrität Aserbaidschans endlich anerkennen. Außerdem signalisierte Baku seine Bereitschaft, der Bevölkerung Berg-Karabachs Sicherheitsgarantien und einen autonomen Status zuzugestehen. Außenminister Hassan Hassanow schränkte jedoch ein, die armenische Interpretation, wonach Autonomie mit Unabhängigkeit gleichzusetzen sei, werde sein Land unter keinen Umständen hinnehmen. Im Unterschied zu Stepanakert forderte Baku, zunächst die Statusfrage zu klären und erst in einem zweiten Schritt den zukünftigen Status inhaltlich zu definieren.⁴⁹ Präsident Aliew fügte hinzu, sollte auf dieser Basis keine Einigung zustande kommen, sei sein Land gezwungen, die Karabach-Frage mit militärischen Mitteln zu entscheiden.⁵⁰ Im April 1998 betonte er, der größte Erfolg seiner Präsidentschaft bestehe darin, die kriegerischen Auseinandersetzungen beendet zu haben. Mehr noch, er habe durchgesetzt, daß eine Lösung der Krise ausschließlich auf dem Verhandlungsweg herbeigeführt werde. Einen kleinen Beitrag zu diesem Erfolg - so Aliew - hätte auch die armenische Seite geleistet.⁵¹ Dessen ungeachtet wünscht Baku, daß die UNO und die OSZE weiterhin Druck auf Armenien ausüben, um so den von der Minsker Gruppe vorgelegten Regulierungsplan durchzusetzen. Ansonsten müsse die Frage im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geklärt werden.⁵² Demnach schätzt man in Baku inzwischen die Arbeit der Minsker OSZE-Gruppe positiv ein, obwohl die Wahl der Co-Vorsitzenden aus Rußland, den USA und Frankreich anfänglich kritisch gewertet worden war. Denn es bestand die Möglichkeit, daß sich Rußland und Frankreich eher "proarmenisch" geben und damit rein rechnerisch die USA würden überstimmen können. Von daher wendete sich Baku gegen den französischen Co-Vorsitz, mit einem deutschen Co-Vorsitzenden wiederum wollten sich

⁴⁸ Asja Gadschizade in: *Nezavisimaja gazeta*, 25.09. und 09.12.1997.

⁴⁹ *Ibid.*, 19.11.1996.

⁵⁰ *Golos Armenii*, 12.12.1996.

⁵¹ *Izvestija*, Nr. 61, 03.04.1998. *Respublika Armenija*, 09.04.1998.

⁵² *Nezavisimaja gazeta*, 05.05.1998.

Rußland und Armenien nicht einverstanden erklären.⁵³ Die Befürchtungen Baku, die Minsker Gruppe werde eine proarmenische Position vertreten, stellten sich jedoch als unbegründet heraus. Denn alle drei Co-Vorsitzenden, auch Rußland, schlossen sich der von Aserbaidschan vorgebrachten Sichtweise an. Dennoch kann man in Baku hören, die Co-Vorsitzenden der Minsker Gruppe hätten kein Interesse an einer dauerhaften Lösung des Karabach-Konfliktes, da es der aktuelle Schwebestand ermögliche, in der Frage des Kaspischen Öls Druck auf die Transkaukasusrepublik auszuüben. Allerdings geben die Gegner dieser These zu bedenken, diese Überlegung hätte zwar in bezug auf Rußland Gültigkeit, nicht jedoch in bezug auf die USA und Frankreich. Schließlich würden sich beide Staaten für eine größere Unabhängigkeit der Region von Moskau engagieren.⁵⁴

Die Regierenden in Aserbaidschan hoffen auf eine weitere Öffnung der NATO. Mit Blick auf Moskau wird spekuliert, eine Lösung des Karabach-Konfliktes in aserbaidsschanischem Sinne werde ausschlaggebend sein für ein Beitritts-gesuch des Landes.⁵⁵ Die aserbaidsschanische Regierung macht gleichwohl kein Geheimnis aus ihrer Bereitschaft, jedwedem Militärbündnis beizutreten, das durchsetzt, "Aserbaidschan von der armenischen Aggression zu befreien."⁵⁶ So ist Baku damit einverstanden, daß in Berg-Karabach NATO-Verbände - mit amerikanischen und türkischen Truppen - stationiert werden.⁵⁷ Auch gegen ukrainische Soldaten hegt man keine

⁵³ ANS-Press. Baku. 06.02.1997. Golos Armenii, 06. und 08.02.1997.

⁵⁴ Elmar Husejnow, Rasim Musabekow in: BBC World Service vom 06.11.1997. Respublika Armenija, 08.11.1997.

⁵⁵ Nezavisimaja gazeta, 31.05.1997.

⁵⁶ Segodnja. Moskau. 12.07.1996.

⁵⁷ "Solange Aserbaidschan und Armenien nebeneinander existieren, solange werden wir mit der Bedrohung leben müssen, von Armenien aus angegriffen zu werden", meint Wafa Gulusade, langjähriger außenpolitischer Berater von Präsident Aliew. Von daher schließt Außenminister Hassan Hassanow nicht aus, daß Aserbaidschan mit der NATO ein Abkommen unterzeichnet nach dem Vorbild Rußlands und der Ukraine. Armenien wiederum wendet sich gegen die Absicht Baku, die NATO als Gegengewicht zu Rußland im Transkaukasus zu etablieren. In einer Erklärung des armenischen Außenministeriums heißt es dazu: "Diese Politik ist destruktiv und wird

Vorbehalte. Jerewan wiederum sieht in diesen aserbajdschanischen Offer-ten einen Versuch, die drei christlichen Länder Ukraine, Rußland und Ar-menien auseinanderzuidividieren.⁵⁸

Die ambivalente Haltung Bakus zu Moskau stößt auf eine mindestens ebenso zweigleisige russische Politik in der Region. Einerseits anerkennen die aserbajdschanischen Politiker die Rolle Moskaus anlässlich des Lissa-bonner OSZE-Treffens, bei dem die territoriale Integrität Aserbajdschans förmlich bestätigt wurde. Auch im Rahmen der Minsker Gruppe vertrat der russische Co-Vorsitzende durchaus die Interessen Bakus. Schließlich ist es allein den Russen zu verdanken, daß der Waffenstillstand vom Mai 1994 - der bis heute im großen und ganzen hält - durchgesetzt werden konnte.⁵⁹ Andererseits erhebt die politische Führung in Baku Einwände gegen die Stationierung russischer Militärbasen in den GUS-Ländern, insbesondere in Armenien und in Georgien. Der russisch-armenische Vertrag über Freund-schaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vom 29. August 1997 wird als Provokation, mehr noch als direkte Bedrohung der Sicherheit Aser-bajdschans bewertet. Mit diesem Vertrag habe Rußland das Gleichgewicht in der Region verletzt und eindeutig für Armenien Partei ergriffen.⁶⁰ An der

die Lage in der Region noch weiter verschärfen." In: Bakinskij rabočij. Baku. 13.09.1997. Respublika Armenija, 22.10.1997. Golos Armenii, 27.11.1997.

⁵⁸ Golos Armenii, 29.03.1997.

⁵⁹ Ibid., 08.08.1996. Nezavisimaja gazeta, 05.04.1997. Das russische Verteidigungs-ministerium hat im Februar und im Mai 1994 versucht, seine Truppen in der Kon-fliktzone zu stationieren. Wegen der Einwände Präsident Alijews konnte dieses Vor-haben nicht realisiert werden.

⁶⁰ Gleichwohl ist die aserbajdschanische Führung davon überzeugt, daß dieses Ab-kommen Armenien nicht helfen wird, den Karabach-Konflikt für sich zu entschei-den, da die NATO und die gesamte internationale Staatengemeinschaft, einschließ-lich Rußlands, dagegen seien. "Wenn jemand in Jerewan meint, Armenien könne sich an die NATO annähern und gleichzeitig ein Verbündeter Rußlands sein, der irrt sich gewaltig. Das ist unmöglich", erklärte Präsidentenberater Wafa Gulusade. In: Snark Presseagentur. Baku. 04.06.1998.

neutralen Haltung der russischen Vermittlung wird in Baku spätestens von diesem Zeitpunkt an gezweifelt.⁶¹

Innerhalb der GUS suchte Aserbaidtschan Verbündete gegen Rußland, die es in der Ukraine, Usbekistan und dem benachbarten Georgien fand. Die Regierungen in Kiew und in Tiflis waren zudem bereit, mit Baku Verträge über eine militärische Zusammenarbeit abzuschließen, die im Fall der Ukraine auch Waffenlieferungen beinhalten. Vor diesem Hintergrund erschien Kiew der aserbaidtschanischen Führung als idealer Vermittler im Karabach-Konflikt. Nachdem die ukrainische Regierung jedoch die Präsidentschaftswahlen in Berg-Karabach hart kritisiert hatte, wurde eine Vermittlerrolle Kiews von Stepanakert ausgeschlossen.⁶² Desweiteren gründeten Georgien, die Ukraine, Aserbaidtschan und Moldawien am 10. Oktober 1997 in Straßburg ein zunächst informelles Gremium (GUAM), in dem inzwischen auch gemeinsame Aktionen auf internationaler Ebene geplant und durchgeführt werden. Diese vier Staaten eint, daß sie ihre territoriale Integrität gefährdet sehen und gegen "einen aggressiven nationalistischen Separatismus" vorgehen wollen.⁶³ Um dieses Ziel zu erreichen, haben die GUAM-Staaten mit dem Aufbau eines integrierten Bataillons begonnen. Das aserbaidtschanische Außenministerium wünscht darüber hinaus, daß GUAM auf der Basis 16 plus vier mit der NATO zusammenarbeitet.⁶⁴ Auf diese Weise sei in den bestehenden Konflikten die Unterstützung der Nordatlantikkommunität - nicht zuletzt gegenüber Rußland - gewährleistet. Darüber hinaus versucht Baku den "Westen" davon zu überzeugen, daß die

⁶¹ Protestnote des aserbaidtschanischen Außenministeriums an das russische Außenministerium vom 04.09.1997. In: *Russkaja mysl'*. Paris. Nr. 4182, 10.-16.07.1997. *Respublika Armenija*, 13.09.1997. *Golos Armenii*, 11.11.1997. *Armen Press*, 24.10.1997. *Nezavisimaja gazeta*, 30.08.1997.

⁶² "Die Ukraine beschäftigt sich nicht mit Waffenhandel und hegt keine imperialen Ambitionen. Von daher bietet sich die Ukraine als Vermittler im Karabach-Konflikt geradezu an", meinte der ukrainische Außenminister Genadij Udovenko. In: *Respublika Armenija*, 04.04.1997. *Golos Armenii*, 11.09.1997.

⁶³ Georgien (Abchasien, Adscharien, Südossetien); Ukraine (Krim); Aserbaidtschan (Berg-Karabach); Moldawien (Dnjestr).

⁶⁴ So der aserbaidtschanische Außenminister, Hassan Hassanov, in: *Golos Armenii*, 27.11.1997.

russisch-armenische Allianz sich nicht nur gegen Aserbaidschan, sondern auch gegen die Türkei und die NATO insgesamt richtet.⁶⁵

Die traditionell guten Beziehungen Aserbaidschans zur Türkei wurden unter Präsident Aliew weiter ausgebaut. In der Reihe der zahlreichen Abkommen muß vor allem der Vertrag über die bilaterale militärische Zusammenarbeit erwähnt werden. Sollte Armenien den Waffenstillstand im Karabach-Konflikt einseitig brechen, ist die Türkei verpflichtet, die "notwendige Hilfe" zu leisten.⁶⁶ Dessen ungeachtet kritisierte Präsident Aliew die Regierung in Ankara heftig, weil sie angeblich russische Waffenlieferungen über den türkischen Luftraum nach Armenien zugelassen hatte. Aliew gab zu bedenken, diese Waffen - darunter auch Atomsprengköpfe - würden die ganze Region, also auch die Türkei, bedrohen.⁶⁷ Ferner zeigte sich der Präsident unzufrieden mit der vermeintlich passiven Rolle der türkischen Regierung in der Minsker Gruppe. Diese kritischen Äußerungen fallen nicht ohne Grund: Immer wenn Ankara eine Öffnung der Grenze zu Armenien in Erwägung zieht, folgen aus Aserbaidschan harsche Töne. Die Transkaukasusrepublik werde "einer Öffnung der Grenze nicht zustimmen,

⁶⁵ "Die Absicht dieser reichlich groben Darstellung der Lage ist offenkundig: Aserbaidschan will sich den Amerikanern und Westeuropäern als verlässlicher Partner empfehlen und sieht sich darin von den westlichen Ölgesellschaften bestärkt, die hier beträchtliche Summen in die Erschließung neuer Erdölquellen investieren", so Werner Adam in: FAZ, 01.07.1998.

⁶⁶ Auf die Erklärung des Kommandeurs des türkischen Generalstabs, General Dogan Güresch, Ankara beabsichtige, Truppen in Aserbaidschan zu stationieren, antwortete der russische Verteidigungsminister Pawel Gratschow 1994, Rußland habe "an Aserbaidschan nicht weniger, sondern sogar ein noch gesteigertes Interesse. Und wenn das [gemeint ist die Stationierung türkischer Verbände, AM] geschehen sollte, dann stellt sich für die Rußländische Föderation die Frage der Verlegung rußländischer Friedenstruppen nach Aserbaidschan." In: Radio Majak. Moskau. 8.07.1994. Russkaja mysl', Nr. 4039, 21.-27.07.1994. Während seines Besuchs in Baku (1996) schlug der Oberbefehlshaber der türkischen Armee, General Hikmet Geksal, gemeinsame türkisch-aserbaidschanische Manöver vor. Die türkische Regierung äußerte zudem den Wunsch, Militärbasen in Aserbaidschan zu unterhalten. In: TURAN. Baku. 05.-13.11.1996. Respublika Armenija, 16.11.1996. Russkaja Mysl', Nr. 4174, 15.-21.05.1997. S. 5.

⁶⁷ Baku delaet stavku na Stambul [Baku setzt auf Istanbul]. In: Nezavisimaja gazeta, 11.09.1997.

solange Armenien sich aus den besetzten aserbajdschanischen Gebieten nicht zurückzieht."⁶⁸ Demgegenüber signalisiert die türkische Regierung unter Ministerpräsident Mesud Yilmaz ihre Bereitschaft, die Blockade Armeniens aufzuheben, da dies eine positive Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung der Osttürkei hätte. Auch in den Vereinigten Staaten wird die Meinung vertreten, eine wirtschaftliche Kooperation mit der Türkei werde Armenien von seiner Abhängigkeit von Rußland befreien. Zudem bestehe die Hoffnung, die armenische öffentliche Meinung positiv zugunsten des türkischen Nachbarn zu beeinflussen. Sollte Ankara von seiner harten Linie abweichen, so Baku, werde man auf den Bau einer Erdölpipeline zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan verzichten.⁶⁹ Unterstützt wird diese kompromißlose Haltung von der türkischen Generalität, die an einem entspannteren Verhältnis zu Armenien, dem einzigen militärischen Bündnispartner Rußlands in der Region, kein Interesse hat.

Mit der Rückkehr des exilierten Ex-Präsidenten Abulfas Elçibey im November 1997 nach Baku erhielt die Türkei einen alten Fürsprecher zurück. Er forderte, Ankara müsse anstelle von Moskau den Co-Vorsitz in der Minsker Gruppe übernehmen. Elçibey erklärte in seiner Funktion als Anführer der Volksfront, die Opposition sei entschlossen, die Durchsetzung der internationalen Ölverträge zu blockieren, wenn bei der Lösung des Karabach-Konfliktes die Interessen Aserbajdschans nicht ausreichend berücksichtigt würden. In keinem Fall dürfe Aserbajdschan auf eine Kontrolle der Krisenregion verzichten. Er sei allenfalls bereit, den "armenischen Gemeinden in Berg-Karabach" eine kulturelle Autonomie zuzugestehen. Elçibey's erneutes politisches Engagement basiert nach Meinung aserbajdschanischer Beobachter auf einer Absprache mit Präsident Aliew. Denn auf diese Weise kann die Regierung demonstrieren, daß neben ihrer "gemäßigten Position" die Opposition eine wesentlich härtere Haltung in bezug auf Berg-Karabach und die Ölverträge einnimmt.⁷⁰ In diesem Kontext wendete sich Aliew wiederholt an den Kreml, um eine ausgewogenere Haltung

⁶⁸ TURAN, 07.-09.09.1997.

⁶⁹ Milliyet, 16.08.1997. Respublika Armenija, 13.09.1997.

⁷⁰ Respublika Armenija, 18.02. und 05.11.1997.

Moskaus einzufordern. Ansonsten würden die Oppositionsparteien auf einer militärischen Lösung des Karabach-Konflikts bestehen.⁷¹ Immerhin entbehrt diese Argumentation nicht einer gewissen Folgerichtigkeit. Schließlich stürzten die beiden Vorgänger von Präsident Aliew, Mutalibow und Elçibey, über die Karabach-Frage. Selbst als die Minsker Gruppe dem Vorschlag Bakus folgte und für eine schrittweise Lösung des Konflikts votierte, protestierte der oppositionelle Demokratische Kongreß gegen diesen Plan. Daß Präsident Lewon Ter-Petrosjan mit diesem Modell einverstanden war, erklärte die Opposition zu einer "politischen Farce, die bewirke, daß Armenien nicht länger als Aggressor bezeichnet werden" könne.⁷² Der Kritik des Demokratischen Kongresses schloß sich auch die Liberale Partei an. Sie erklärte, Aserbaidshan sei das Opfer einer fehlgeleiteten Regierungspolitik, die die nationalen Interessen des Landes an den Westen ausverkaufe. "Der aserbaidshanische Boden gehört dem aserbaidshanischen Volk, das unseren Boden befreien muß. Ein von der Regierung ausgehandelter Frieden wird zu teuer, da er dem Volk großes Leid zufügen wird. Die gerechten aserbaidshanischen Interessen würden von den internationalen Organisationen nicht anerkannt."⁷³

Den diplomatischen Erfolg Aserbaidshans beim Lissabonner OSZE-Treffen vom Dezember 1996 wertete die Opposition in Baku als "schwere Niederlage", da im Schlußdokument das Recht Aserbaidshans auf territoriale Integrität nicht erwähnt wurde - im Unterschied zu Moldawien und Georgien.⁷⁴ Die einflußreiche Nationale Front Aserbaidshans sprach sich auf ihrem 5. Parteitag gegen einen "erniedrigenden Frieden" mit Armenien aus und erklärte, für die Befreiung der aserbaidshanischen Gebiete kämpfen zu wollen.⁷⁵ Die zweitgrößte Oppositionspartei, Mussawat, widerspricht dem Ansinnen Präsident Aliews, Berg-Karabach weitgehende Au-

⁷¹ Obšaja gazeta. Moskau. 12.03.1997.

⁷² Golos Armenii, 02.12.1997.

⁷³ Respublika Armenija, 03.12.1997.

⁷⁴ Azadlyg. Baku. 07.12.1996. TURAN, 08. und 09.12.1996. Respublika Armenija, 10.12.1996.

⁷⁵ Nezavisimaja gazeta, 04.02.1998.

tonomierechte einzuräumen. Vielmehr fordert sie, den Karabach-Armeniern einen Sonderstatus zu verweigern, da auch die anderen nationalen Minderheiten keine Vorzugsbehandlung erhielten. Außerdem sei der Autonomiestatus des Gebietes bereits 1989 per Gesetz aufgehoben worden. Wie für alle anderen Oppositionsparteien kommt auch für Mussawat nur eine militärische Lösung des Karabach-Konflikts in Frage.⁷⁶ Der Machtwechsel in Armenien zu Präsident Robert Kotscharjan wurde in Aserbaidshan denn auch als Sieg der armenischen Kriegspartei gewertet. Die aserbaidshanische Opposition wollte gar ein erneutes Aufflammen der Kämpfe nicht ausschließen. Allerdings ließen gemäßigte Kreise verlautbaren, auch Kotscharjan werde letztlich auf einen kompromißbereiten Kurs einschwenken müssen. Denn die miserable wirtschaftliche Lage seines Landes, aber auch die Ausreisewelle der Armenier aus Berg-Karabach, werde ihm keinen anderen Ausweg offenlassen.⁷⁷

Mit ihrem Säbelrasseln verfolgt die aserbaidshanische Opposition mehrere Ziele gleichzeitig: Zunächst will sie sich bei den Präsidentschaftswahlen, die im Oktober 1998 stattfinden, als echte Alternative zu Präsident Aliew präsentieren. Gleichwohl werden sie nach dem neuen Wahlgesetz kaum noch eine reale Chance haben, legal und mit friedlichen Mitteln einen Machtwechsel herbeizuführen. Denn die Hälfte der Mitglieder der zentralen Wahlkommission ernennt Präsident Aliew persönlich, die übrigen stellt das Parlament, in dem Aliews Partei, Eni Aserbaidshan, über die Mehrheit der Sitze verfügt und folglich die meisten Vertreter in die Wahlkommission entsenden wird. Manipulationen des Wahlergebnisses scheinen - so die Befürchtungen der Opposition - nicht ausgeschlossen.⁷⁸ Ein erneutes Auf-

⁷⁶ Interview mit Kjamal Ali, Vorstandsmitglied bei Mussawat, in: Respublika Armenija, 06.03.1998.

⁷⁷ So der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Aserbaidshans, Zarduscht Alizade, in: Golos Armenii, 14.04.1998. Kjamal Ali in: Respublika Armenija, 06.03.1998.

⁷⁸ Die außerparlamentarischen Oppositionsparteien und -bewegungen unter Führung von Abulfas Elçibey haben beschlossen, die Präsidentschaftswahlen, die am 11. Oktober 1998 stattfinden werden, wegen des undemokratischen Wahlgesetzes zu boykottieren. Sie fordern, daß ihre Vertreter in die Zentrale Wahlkommission Aserbaidshans kooptiert werden. Außerdem bestehen sie auf zusätzlichen Garantien

flammen der Kämpfe jedoch könnte einen Machtwechsel herbeiführen helfen, so wie es bereits zweimal in der jungen Geschichte des Landes geschehen ist. Allerdings stößt die kriegerische Rhetorik der Opposition in der aserbaidischen Gesellschaft nur auf geringe Resonanz. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das im Oktober 1997 verabschiedete Amnestiegesetz: Es ermöglichte die Entlassung von 7.000 Deserteuren aus den Gefängnissen.⁷⁹ Die Zahl der aserbaidischen Männer, die sich dem Kriegsdienst durch Flucht nach Rußland entzogen haben oder untergetaucht sind, dürfte wesentlich höher liegen.

Nachdem Robert Kotscharjan das armenische Präsidentenamt übernommen hatte, erklärte sich die aserbaidische Regierung bereit, die bisherige Zusammenarbeit fortzusetzen, um den Konflikt um Berg-Karabach friedlich beizulegen. Gleichzeitig äußerte Baku die Hoffnung, daß die Minsker Gruppe von dem bisherigen schrittweisen Regulierungsmodell nicht abrücken werde: Zunächst sollten die sechs von Armeniern besetzten Gebiete geräumt werden, anschließend die aserbaidischen Flüchtlinge zurückkehren und dann die Kommunikationsverbindungen geöffnet werden. Anschließend verlassen die Karabach-Armenier Schuschi und Latschin. Gleichzeitig soll über den Status Berg-Karabachs entschieden werden.⁸⁰ Dieser Lösungsweg könne allerdings nur unter der Voraussetzung beschränkt werden, daß sich Armenien mit einer Zugehörigkeit Berg-Karabachs zu Aserbaidschan zweifelsfrei einverstanden erklärt. In diesem Sinne äußerte sich auch die türkische Regierung. Allerdings wird der armenische Vorschlag, daß die Konfliktparteien Aserbaidschan und Berg-

Aliews, die eine faire und demokratische Wahl gewährleisten sollen. Der US-Botschafter in Baku, Stanley Eskudero, empfahl Abulfas Elçibey, auf den Boykott zu verzichten und an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen. In: Izvestija, 04.07.1998.

⁷⁹ Segodnja, 18.10.1997.

⁸⁰ "Dieser Autonomie würde der höchste Status eingeräumt werden. Das bedeutet, Berg-Karabach erhält fast alle Attribute eines unabhängigen Staates, mit folgenden Ausnahmen: keine eigene Armee, aber örtliche Polizeikräfte; keine eigene Außenpolitik, aber das Recht, Wirtschaftsabkommen abzuschließen. Das ist unser Kompromißvorschlag", erklärte Präsidenten-Berater Wafa Gulusade. In: Snark Presseagentur, 11.06.1998.

Karabach allein über die Statusfrage verhandeln, in Ankara als "absurd" bezeichnet.⁸¹ Diese Haltung liegt offenbar darin begründet, daß die Türkei kein Interesse an einer raschen Beendigung des Konfliktes hat. Denn in diesem Fall würde die Abhängigkeit Aserbaidschans von der Türkei ebenso schwinden wie Ankaras ehrgeizige Pläne als regionale Hegemonialmacht. Aber auch Rußland beäugt die Möglichkeit einer Einigung zwischen Stepanakert und Baku mißtrauisch.⁸² Schließlich könnten sich die ehemaligen Gegner nach dem Abschluß eines Friedensvertrages rasch auf den Bau einer Erdölpipeline über das Gebiet von Berg-Karabach zur Türkei verständigen - zumal es sich dabei um die kürzeste Route handelt. Rußland hätte in diesem Fall keine Kontrolle mehr über den Abtransport des Kaspischen Öls. Eine weitere Folgeerscheinung wäre für Moskau schwerer hinzunehmen: Der politische Einfluß Rußlands im gesamten Transkaukasus würde sich in einem rasanten Tempo verflüchtigen.⁸³

Schlußbetrachtung

Folgendes Fazit kann aus der Analyse der nun bereits zehn Jahre andauernden Auseinandersetzung um Berg-Karabach gezogen werden:

Die Internationalisierung des Konfliktes, bedingt durch den Zerfall der Sowjetunion und die anschließende Gründung unabhängiger Staaten, hat die

⁸¹ Respublika Armenija, 03.04.1998. Golos Armenii, 16.05.1998.

⁸² Auch wenn Emil Pain, Berater des russischen Präsidenten Boris Jelzin, der Überzeugung ist, daß die Bedeutung Rußlands in der Region eher zunehmen wird, "weil weder die USA noch irgendein anderer Staat Rußland ersetzen kann, allein schon wegen der geographischen Nähe zum Kaukasus", hat Moskau bereits jedes Prestige in Aserbaidshan und in Georgien verspielt. TURAN, 25.09.1997. Respublika Armenija, 25.09.1997. Von daher ist die Erklärung des armenischen Präsidenten Kotscharjan, sein Land pflege lediglich strategische Beziehungen zu Rußland, was nicht bedeute, "daß Armenien ohne Rußland keine Zukunft" habe, in Anbetracht der antirussischen Stimmung in Aserbaidshan und in Georgien nicht zu unterschätzen. In: Golos Armenii, 26.02.1998.

⁸³ Eine denkbare Zusammenarbeit zwischen Aserbaidshan und Berg-Karabach würde zu einer "unangenehmen Realität für Rußland" werden. "In Stepanakert scheint man jedoch keine Angst davor zu haben, mit dieser harten Option Moskau zu verärgern", erklärt Wadim Dubnov in: Novoje vremja. Moskau. Nr. 51. Dezember 1996.

Lösungsfindung nicht positiv beeinflusst. Vielmehr erhielten nicht direkt am Konflikt beteiligte Staaten wie Rußland, die USA und die Türkei die Möglichkeit eingeräumt, sich mit ihren unterschiedlichen Interessen und Kalkülen aktiv in der Region einzumischen. Eine Lösungsfindung wurde dadurch bis heute verhindert.

Ein ähnliches Schicksal war den Versuchen des sowjetischen Präsidenten, Michael Gorbatschow, beschieden, der eine gewaltsame Lösung der nationalen Aufstände gegen das Sowjetimperium angestrebt hatte. Die sich anschließenden Vermittlungsbemühungen der Präsidenten Jelzin und Rafsandschani vom September 1991 und Mai 1992 blieben erfolglos, weil die Karabach-Armenier zu den Verhandlungen nicht hinzugezogen wurden. Die Bemühungen der Minsker OSZE-Gruppe seit Sommer 1992 spiegeln zwar exakt die Machtverhältnisse und unterschiedlichen Interessen auf internationaler Ebene wider, tragen bislang jedoch ebenfalls wenig zur Konfliktlösung bei.

Als Ausweg bieten sich direkte Verhandlungen zwischen Baku und Stepanakert an. Sie könnten einen effektiven Beitrag für eine friedliche Zukunft der Region leisten. Die internationale Staatengemeinschaft wäre gut beraten - sofern sie an einer friedlichen Lösung wirklich interessiert ist - Baku von der Notwendigkeit direkter Verhandlungen zu überzeugen.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-18-X



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>